

Glyphosat: Was für ein Verbot spricht - und was dagegen

 www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/glyphosat-was-fuer-ein-verbot-spricht-und-was-dagegen-a-1084846.html

Streit um Pflanzenschutzmittel Was für ein Glyphosat-Verbot spricht - und was dagegen

In Brüssel tobt ein Lobbykampf um das meistverwendete Pflanzenschutzmittel. Glyphosat droht ein Ende der Zulassung in der EU. Was fürchten die Kritiker? Wie argumentieren die Befürworter? Der Überblick.



Von Maria Marquart und Nina Weber

Mittwoch, **13.04.2016** 17:01 Uhr

Die meisten Verbraucher wünschen sich, dass ihr Essen nicht nur günstig, sondern auch natürlich ist.

Auch deshalb trifft die Debatte um Glyphosat auf so großes Interesse. Es ist nicht nur das am häufigsten eingesetzte Herbizid, es ist derzeit auch das meistdiskutierte.

Demnächst müssen die EU-Staaten entscheiden, ob es weiter eingesetzt werden darf. Die derzeitige Zulassung in der EU läuft noch bis Ende Juni - die EU-Kommission hatte eine Neuzulassung bis zum Jahr 2031 vorgeschlagen. Glyphosat-Gegner halten ein Verbot für überfällig, Befürworter warnen vor den Folgen.

Der große Knackpunkt steckt in unterschiedlichen Bewertungen zweier Fachstellen. Die Internationale Krebsforschungsagentur IARC hat geurteilt, Glyphosat sei "vermutlich krebserregend beim Menschen". Sollte es das tatsächlich sein, wäre ein Verbot die notwendige Konsequenz. Gleichzeitig kam jedoch die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit, Efsa, zum Schluss: Eine krebserregende Wirkung ist unwahrscheinlich, wenn das Mittel bestimmungsgemäß angewendet wird. Sollte doch keine Krebsgefahr drohen, bröckelt das Kernargument der Gegner weg.

Die Streitfrage: Ist Glyphosat krebserregend oder nicht?



SPIEGEL ONLINE

Beim Streit um Glyphosat geht es auch um die Grundsatzfrage, wie unsere Nahrung produziert werden soll und wem wir vertrauen.

Denn inzwischen können winzigste Spuren von Verunreinigungen in Lebensmitteln nachgewiesen werden. Sind wir für null Toleranz? Das hieße, was nicht reingehört, darf auch nicht nachweisbar sein. Oder einigen wir uns auf Grenzwerte, die Behörden nach bestem Wissensstand festlegen - und akzeptieren, dass Funde unterhalb dieser Grenzwerte in Ordnung sind, weil sie keine Gefahr darstellen?

Gerade weil die Krebsgefahr durch Glyphosat noch nicht abschließend geklärt ist, gibt es in diesem Streit keine einfache Antwort.

Wir haben Beteiligte gefragt, was ein Verbot von Glyphosat aus ihrer Sicht in der Praxis bedeuten würde. Wäre es der Beginn einer neuen Ära in der Landwirtschaft? Oder würde es Nachteile mit sich bringen, die bisher kaum diskutiert wurden?

Das sagen Landwirte, Forscher, Aktivisten, Behörden und ein Hersteller.

Der Glyphosat-Befürworter

Traditionell pflügen Landwirte Äcker vor der Aussaat, dabei werden die oberen 25 Zentimeter Bodenschicht umgedreht und gelockert. Einer der Effekte: Das auf dem Feld stehende Unkraut stirbt, die Nutzpflanzen werden also von ihrer Konkurrenz befreit.

Doch das Pflügen hat auch Nachteile: In Hanglagen kann es Bodenerosion begünstigen und ist vergleichsweise energieaufwendig, sagt **Bernhard Krüsken, Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands**.

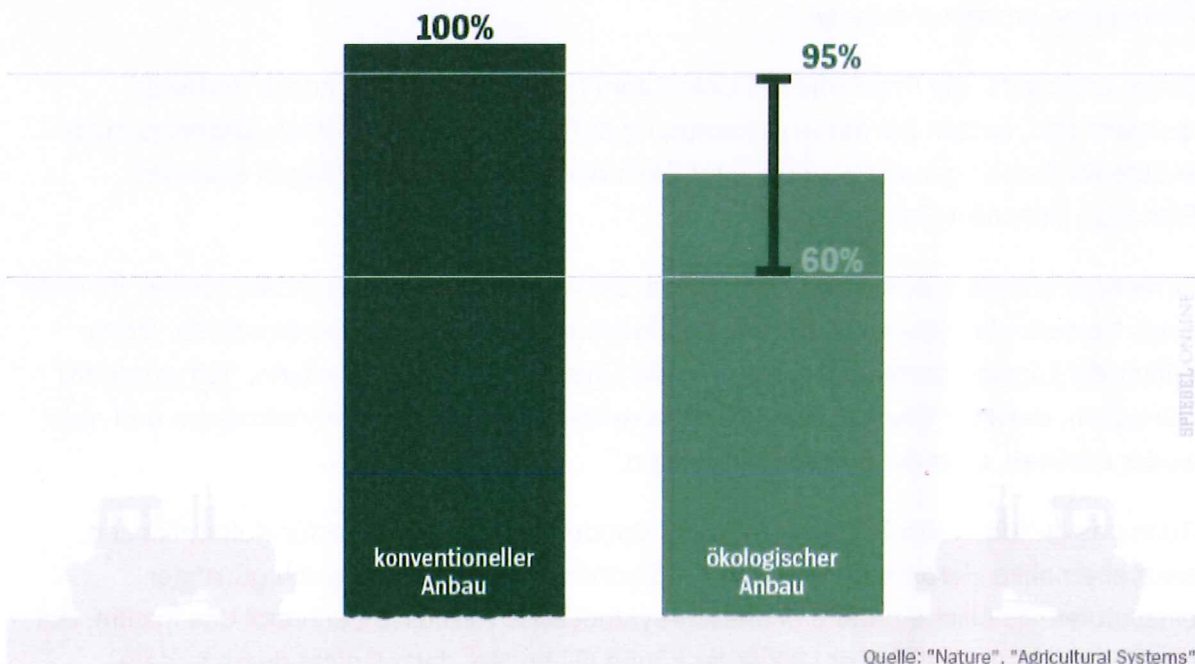
Um Unkraut zu bekämpfen, kann statt Pflügen vor der Aussaat auch Glyphosat eingesetzt werden. Laut Krüsken werden etwa 30 Prozent der Felder in Deutschland pfluglos bestellt.

Falls Glyphosat verboten werden sollte, würden die Landwirte eine Mischung von Herbiziden verwenden, um es zu ersetzen, sagt Krüsken. "Die anderen Wirkstoffe beziehungsweise Wirkstoffgruppen haben jedoch ein höheres Risiko, dass Pflanzen resistent gegen sie werden", warnt er. Insgesamt schätzt er die möglichen Alternativen problematischer als Glyphosat ein.

Krüsken warnt vor Qualitätseinbußen: Stehe auf dem Feld mehr Unkraut, reiften und trockneten die Nutzpflanzen weniger gleichmäßig. Zudem fürchtet er Ertragseinbußen. Je nach Standort vermutlich einige Prozentpunkte, schätzt er.

Der Verband setzt sich für die weitere Zulassung von Glyphosat ein, obwohl die Internationale Krebsforschungsagentur IARC das Mittel als "wahrscheinlich krebserregend beim Menschen" eingestuft hat und Bauern dem Wirkstoff stärker ausgesetzt sind als andere Gruppen. Krüsken verweist auf die Einschätzung des Bundesinstituts für Risikobewertung, wonach Glyphosat wohl nicht krebserregend sei und sagt: "Würde es in Deutschland eine erhöhte Zahl von Krebsfällen unter Landwirten geben, hätten wir das außerdem längst mitbekommen."

Wie stark unterscheiden sich die Erträge von Bio- und konventionellem Ackerbau?



SPIEGEL ONLINE

Die Glyphosat-Kritiker

Der **Öko-Dachverband BÖLW** (Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft) hat sich gegen eine Zulassungsverlängerung für Glyphosat ausgesprochen - und hofft auf Zulauf. "Wir freuen uns über jeden Landwirt, der prüft, ob Bio eine Chance für seinen Betrieb ist", erklärt der BÖLW - räumt aber zugleich ein: "Inwieweit ein Glyphosat-Verbot zu einem höheren Umstellungsinteresse führt, lässt sich derzeit nicht absehen."

Der Verband verweist darauf, dass es rund 25.000 Biobauern von insgesamt rund 280.000 landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland gebe, die ohne Glyphosat und andere Unkrautvernichtungsmittel arbeiten. Stattdessen würden sie auf Fruchtfolgen und auf Ackerbaumethoden wie Pflügen und Striegeln setzen, um Unkräuter einzudämmen. Auch mit Robotertechnik könne eine Alternative zum chemischen Pflanzenschutz entwickelt werden, erklärt der BÖLW.

Zudem fordert der Verband eine Pestizidabgabe. Denn er kritisiert, dass der Einsatz von Pestiziden zu Wettbewerbsverzerrungen führe. "Der massive Verlust an Artenvielfalt, Verunreinigung des Trinkwassers oder gesundheitliche Folgekosten sind nicht Teil des Preises konventioneller Produkte."

Die Forscher

Horst-Henning Steinmann arbeitet am **Zentrum für Biodiversität und nachhaltige Landnutzung der Universität Göttingen**. Seiner Einschätzung zufolge würde ein Verbot für viele Landwirte nichts oder nur wenig ändern, da sie Glyphosat nur selten oder gar nicht verwenden.

Dennoch sieht er ein mögliches Verbot kritisch und fürchtet einen Rückschritt für den Bodenschutz. "Einige Landwirte wird es hart treffen, insbesondere jene, die Weinbau an Steilhängen betreiben", sagt Steinmann. Auf den Hängen könne man nicht mit dem Traktor fahren und pflügen, um Unkraut zu beseitigen. "Sie werden sich also nach Herbizid-Alternativen umsehen müssen."

Einige Landwirte, die Probleme mit Unkräutern haben, die gegen andere Herbizide resistent sind, setzen bei deren Bekämpfung auf Glyphosat. Hier sollten allerdings auch andere Methoden genutzt werden, sagt Steinmann: "Neben dem Pflügen etwa das Einhalten sinnvoller Fruchtfolgen."

Er rechnet ebenfalls damit, dass Landwirte, die vor der Aussaat Glyphosat nutzen, im Falle eines Verbots stattdessen in der Wachstumsphase andere Herbizide einsetzen. Deren Wirkstoffe könnten problematischer sein als Glyphosat, warnt Steinmann. "Ich würde mir wünschen, dass wir Glyphosat sparsam einsetzen, also die Mengen reduzieren und nicht weiter erhöhen, aber die Zulassung erhalten."

Auch das **Julius-Kühn-Institut (JKI)**, das Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen, sieht alternative Herbizide eher kritisch. "Glyphosat ist ökotoxikologisch günstiger einzustufen als etliche andere chemisch-synthetische Herbizide", schreibt das Institut. Bei der Bekämpfung bestimmter Unkräuter könne Glyphosat derzeit nicht durch andere Herbizide ersetzt werden.

Der Glyphosat-Hersteller

Der **Saatgut- und Pflanzenschutzmittelhersteller Monsanto** vertreibt unter dem Produktnamen Roundup Herbizide mit dem Wirkstoff Glyphosat und hat nach Angaben von Sprecher Thoralf Küchler keinen Plan B im Falle eines Verbots. "Wir bauen darauf, dass

wir in Europa auch in Zukunft eine wissenschaftsbasierte Zulassung haben. Glyphosat ist seit 40 Jahren im Einsatz und das wahrscheinlich am meisten untersuchte Herbizid", sagt Küchler.

Monsanto ist bei Glyphosat Marktführer in Deutschland und forscht nach eigenen Angaben fortwährend daran, wie das Herbizid möglichst effektiv und sicher ausgebracht werden kann. "Landwirte setzen die Mittel unkrautspezifisch und deshalb sehr oft mit reduzierten Aufwandmengen ein", sagt Küchler. Kunden würden entsprechend geschult.



DPA

Demo in Hamburg gegen Glyphosat-Einsatz

Die Glyphosat-Bekämpfer

Das durch Spenden finanzierte **Umweltinstitut München** macht sich gegen eine weitere Zulassung von Glyphosat stark und hat die Diskussion um das Herbizid mit einer umstrittenen Untersuchung zu Rückständen in Bier befeuert. Die Umweltlobbyisten setzen darauf, dass das Ende von Glyphosat eine Agrarrevolution auslösen könnte. "Ein mögliches Glyphosatverbot stellt eine große Chance für die Landwirtschaft dar: Endlich bietet sich eine Möglichkeit, unsere Lebensmittel ökologisch und nachhaltig zu produzieren", sagt die Referentin für Verbraucherschutz des Umweltinstituts, Sophia Guttenberger.

Sie fordert eine komplette Abkehr von Herbiziden - räumt aber auch ein, dass bisherige Verbote nicht dazu geführt haben. "Wir sind strikt dagegen, Glyphosat einfach durch ein oder mehrere andere Breitbandherbizide zu ersetzen, so wie wir es bei früheren Verboten erlebt haben", sagt Guttenberger.



DPA

Berichte über Glyphosat-Funde in Bier sorgten für Verunsicherung

Die Aufpasser

Über Glyphosat-Rückstände in Lebensmitteln, in Muttermilch sowie im Urin wurde in den vergangenen Monaten viel gesprochen. Würde sich die Pestizidbelastung von Lebensmitteln insgesamt verändern, falls es verboten werden sollte? Dazu stellt das **Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)** fest: "Die Pestizidbelastung von Lebensmitteln wird nur sehr gering durch Rückstände von Glyphosat beeinflusst."

Zusammengefasst: Umweltschützer wollen mit einem möglichen Glyphosatverbot ihrem Ziel näherkommen, eine Lebensmittelproduktion ohne Einsatz von Pestiziden zu erreichen. Landwirte und Wissenschaftler verweisen aber auf Probleme in der Praxis - und rechnen damit, dass Bauern auf möglicherweise problematischere Alternativen ausweichen.

Neonicotinoide: Efsa stuft Pestizide als Gefahr für Bienen ein

 www.spiegel.de/wissenschaft/natur/neonicotinoide-efsa-stuft-pestizide-als-gefahr-fuer-bienen-ein-a-1195800.html

Umstrittene Neonicotinoide EU stuft Pestizide als Gefahr für Bienen ein

Eine neue Untersuchung kommt zu dem Ergebnis: Neonicotinoide Pestizide aus der Landwirtschaft sind gefährlich für Bienenvölker. Nun könnte die Bundesregierung bestehende Sondergenehmigungen abschaffen.

Mittwoch, **28.02.2018** 12:14 Uhr

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (Efsa) hat die Gefahr von Neonicotinoiden für Honig- und Wildbienen in einer neuen Risikobewertung bestätigt. "Die meisten Anwendungen neonicotinoider Pestizide stellen ein Risiko für Wild- und Honigbienen dar", erklärte die Efsa. Die Nutzung dieser Insektengifte in der Landwirtschaft unterliegt bereits strengen Auflagen und könnte nun noch weiter eingeschränkt werden.

Die Efsa mit Sitz im italienischen Parma bestätigte eine frühere Einschätzung: 2013 kam eine erste Studie zu dem Ergebnis, dass Neonicotinoide - namentlich die Insektizide Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam, die etwa zur Behandlung von Saatgut verwendet werden - erhebliche Risiken für Honigbienenvölker darstellen. Aufgrund mangelnder Daten konnte die Risikobewertung insbesondere für Wildbienen damals jedoch nicht abgeschlossen werden.

Dennoch schränkte die EU-Kommission die Nutzung von Neonicotinoiden erheblich ein. Nur in Gewächshäusern und bei ausgewählten Nutzpflanzen wie Wintergetreide durften die Insektengifte weiterhin zum Einsatz kommen.

Die neuen Erkenntnisse würden nun der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten vorgelegt, "die über eventuelle Ergänzungen zu den gegenwärtigen Beschränkungen der Nutzung dieser Pestizide beraten werden", erklärte die Efsa.

Die Bundesregierung hatte angekündigt, für eine Neubewertung von Neonicotinoiden die Ergebnisse der Efsa abzuwarten. "Sollte sich die Schädlichkeit dieser Stoffe bestätigen, müsse ihre Verwendung verboten werden", sagte Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) Anfang Dezember.

Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, die sich unter anderem in der "Save the Bee Coalition" zusammengeschlossen haben, fordern schon länger eine Einschränkung von Teilverböten und Sondergenehmigungen. Der Industrieverband Agrar behauptete dagegen, dass die Mittel von fachkundigen Landwirten verantwortungsvoll eingesetzt werden könnten.

Experten hatten davor gewarnt, dass schon sehr geringe Dosen einiger Wirkstoffe der

Substanzen tödlich sein könnten - es reichen vier Milliardstel Gramm pro Biene.
Schwächere Dosierungen beeinträchtigen die Tier in der Navigation und dem Lernen,
reduzieren die Fortpflanzungsfähigkeit und unterdrücken das Immunsystem.